

Deutsche Wirtschaft trotz unsicherer Weltkonjunktur auf Kurs

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich trotz eines eingetrübten weltwirtschaftlichen Umfelds robust. Auf vielen ausländischen Absatzmärkten lief die Nachfrage zuletzt schwach, weshalb die deutsche Industrieproduktion im zweiten Halbjahr 2015 rückläufig war. Bereits zum Jahresauftakt hat sie aber wieder zugelegt. Im Prognosezeitraum dürften die Exporte von einer sich allmählich aufhellenden weltwirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Maßgeblich zum Wachstum trägt die kräftige Binnenkonjunktur bei, die vor allem durch den kräftigen privaten Verbrauch befeuert wird. So setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort und die Lohnsteigerungen bleiben spürbar. Auch die Ausgaben für Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten schieben den Konsum an. Die Kosten im Zuge der Flüchtlingsmigration sind beträchtlich, dennoch wird der öffentliche Gesamthaushalt weiterhin hohe Überschüsse erzielen. Im Prognosezeitraum werden die Finanzierungsspielräume aber enger. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 1,6 Prozent wachsen, im kommenden Jahr um 1,5 Prozent.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung war zuletzt schwach. Dies bekam auch die deutsche Wirtschaft zu spüren. Die exportorientierte Industrie hatte die Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2015 zurückgefahren. Zuletzt nahm sie aber wieder Fahrt auf. Der Aufwärtstrend im verarbeitenden Gewerbe wird aber nur moderat sein – die signalisieren die verhaltene Entwicklung der Aufträge und die zuletzt eingetrübte Unternehmensstimmung. Dennoch entwickelt sich die deutsche Wirtschaft dynamisch (Abbildung 1), es zeichnet sich sogar ein kräftiger Jahresauftakt ab (Tabelle 1). Die Bauwirtschaft dürfte weiter merklich zulegen, vor allem trägt aber eine kräftige, konsumgetriebene Konjunktur in den Dienstleistungsbereichen zum robusten Wachstum der deutschen Wirtschaft bei.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, besonders stark in den Bereichen „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, die teils durch Bedarfe hinsichtlich der Flüchtlingsmigration geprägt sind, im Handel und Gastgewerbe sowie bei den Unternehmensdienstleistern. Zwar werden dort im Schnitt geringere Löhne gezahlt als in der Industrie, die wohl nur noch verhalten einstellen wird, in der Summe steigen die Löhne aber spürbar. Aufgrund der Knappheit am Arbeitsmarkt dürfte das Plus in diesem und im nächsten Jahr sogar ebenso hoch ausfallen wie im vergangenen Jahr, in dem der Mindestlohn die Entwicklung deutlich angeschoben hatte.

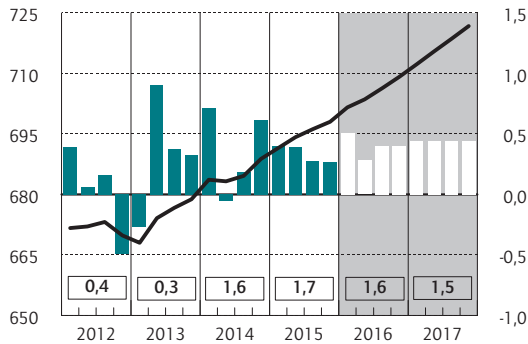
Die Zahl der Arbeitslosen wird zunächst wohl weiter sinken, wenngleich nicht mit dem Tempo des Beschäftigungsaufbaus: denn obwohl das heimische Erwerbspersonenpotential sinkt, steigt die Zahl der Erwerbspersonen. Wie in den vergangenen Jahren liegt dies in diesem Jahr – im jahresdurchschnittlichen Vergleich – vor allem an der Migration aus EU-Staaten; ab der Jahresmitte dürfte sich aber bemerkbar machen, dass nach und nach viele Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten. Deswegen dürfte der Zuwachs der Erwerbspersonen im kommenden Jahr den Beschäftigungsaufbau übertreffen. Die Arbeitslosenquote sinkt in diesem Jahr auf 6,2 Prozent, steigt im kommenden Jahr aber auf 6,6 Prozent (Tabelle 2).

Abbildung 1

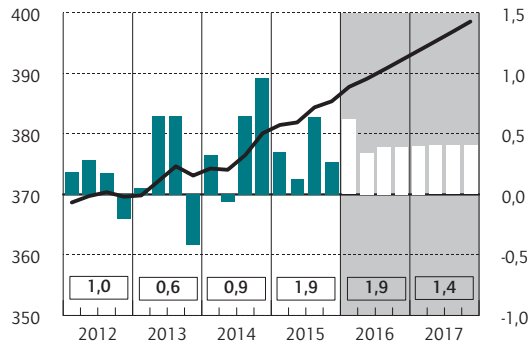
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

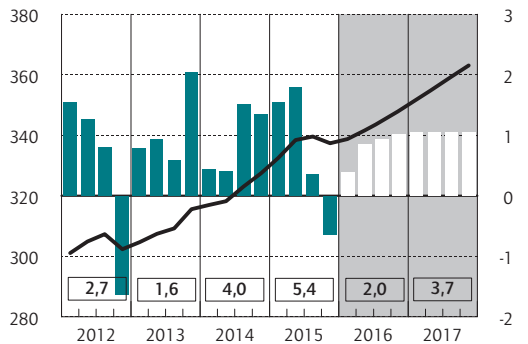
Bruttoinlandsprodukt



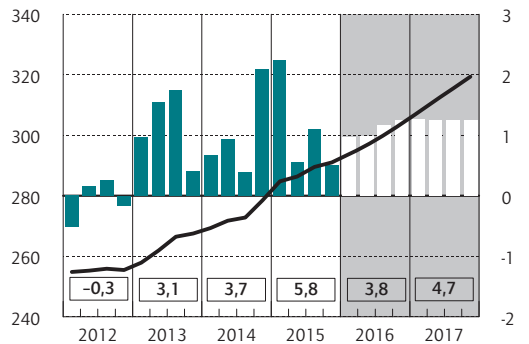
Konsumausgaben der privaten Haushalte



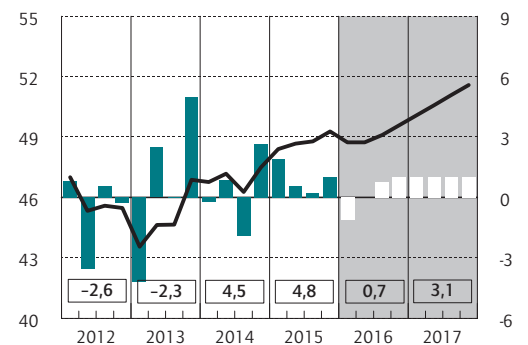
Exporte



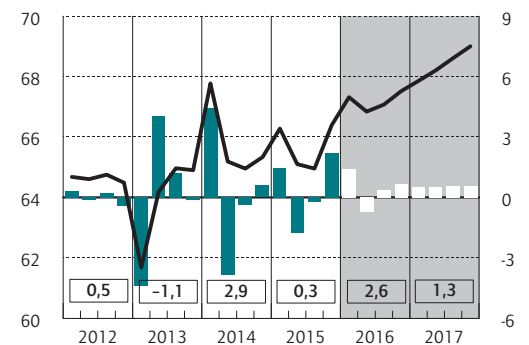
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (ursprüngliche Werte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Der private Verbrauch profitiert von der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Hinzu kommen die ölpreisbedingt (Kasten 1) zuletzt erneut gesunkene Teuerung – die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr bei 0,5 Prozent liegen – sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigra-

tion. Diese Effekte befeuern den privaten und teils den öffentlichen Konsum, wenngleich sie im späteren Verlauf an Bedeutung verlieren und die Konsumdynamik auch deswegen leicht an Schwung einbüßt.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,1	0,6	0,3	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,5	0,7	0,5	1,0	0,8	0,7	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	-0,6	0,1	1,5	0,4	-0,3	0,5	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	1,9	0,6	0,2	1,0	-1,1	0,0	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	1,4	-1,8	-0,2	2,2	1,4	-0,7	0,3	0,7	0,5	0,5	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	0,0	-0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,6	-0,2	0,6	0,8	0,8	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,5	1,8	0,3	-0,6	0,4	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Import	2,2	0,6	1,1	0,5	1,0	1,0	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab ersten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 032	43 487	43 769
Erwerbslose, ILO	2 223	2 182	2 092	1 950	1 860	2 058
Arbeitslose, BA	2 897	2 950	2 898	2 795	2 738	2 923
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,4	5,2	5,0	4,7	4,4	4,8
Arbeitslosenquote, BA ²	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2	6,6
Verbraucherpreise ³	2,0	1,5	0,9	0,2	0,5	1,5
Lohnstückkosten ⁴	3,1	2,0	1,6	1,7	2,3	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-2,4	-3,1	8,9	19,4	15,9	11,4
In Prozent des BIP	-0,1	-0,1	0,3	0,6	0,5	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,0	6,8	7,3	8,5	8,6	8,7

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die deutschen Ausfuhren stagnierten zu Jahresbeginn. Im weiteren Verlauf nehmen sie aber etwas Tempo auf, denn die Nachfrage auf vielen ausländischen Absatzmärkten dürfte ab dem Frühjahr wieder spürbarer zulegen (vgl. den ersten Bericht in dieser Ausgabe). Die weltwirtschaftliche Dynamik bleibt allerdings schwächer als bislang erwartet. Vor allem deswegen wird die deutsche Wirtschaft im jahresdurchschnittlichen Vergleich mit 1,6 Prozent

etwas schwächer expandieren als im Winter prognostiziert. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum 1,5 Prozent betragen; ohne den Wegfall zweier Arbeitstage würde die Rate um zwei Zehntel höher liegen.

Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten waren im vergangenen Jahr annähernd normal ausgelastet; dies wird auch im Prognosezeitraum der Fall sein. Das Umfeld

für Investitionen in Ausrüstungen hellt sich aber nur allmählich auf. Seit Mitte vergangenen Jahres haben Unternehmen ihre investiven Ausgaben in Deutschland eingeschränkt; dies dürften sie zunächst fortsetzen, denn die Ausfuhren in wichtige Abnehmerländer legen nur schleppend zu und auch die Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung in China und die hiermit verbundenen Auswirkungen auf die Weltkonjunktur oder die Debatten um den Zusammenhalt der Europäischen Union dürften die investiven Ausgaben vorübergehend noch dämpfen. Bei einer zunehmend stabileren Entwicklung der Auslandsnachfrage werden die Investitionen allerdings ab der Jahresmitte 2016 verhalten ausgeweitet. In der Industrie sind die Kapazitäten mittlerweile sogar leicht überdurchschnittlich ausgelastet, und auch von den expandierenden Dienstleistungsbranchen und der Bauwirtschaft dürften positive Impulse ausgehen. Die Bauinvestitionen, allen voran im Wohnungsbau, entwickeln sich durchweg dynamisch. Die Investitionen im Wohnungsbau bleiben im Prognosezeitraum als Anlageform aber gefragt.

Trotz hoher Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten in Höhe von 15 Milliarden Euro in diesem Jahr und 18 Milliarden Euro im kommenden Jahr dürfte die öffentliche Hand einen Überschuss von knapp 16 Milliarden Euro im Jahr 2016 und gut elf Milliarden Euro im Jahr 2017 ausweisen – vor allem bei den Gebietskörperschaften gehen sie zurück. Besonders dynamisch steigen die Einnahmen bei den Sozialbeiträgen.

Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland liegen in einer fortgesetzten Abkühlung der Weltkonjunktur, die die offene deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde, aber auch in möglichen Verwerfungen im Falle eines Auseinanderdriftens der Europäischen Union. Zudem hängt die Prognose stark von den Setzungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration ab (Kasten 2).

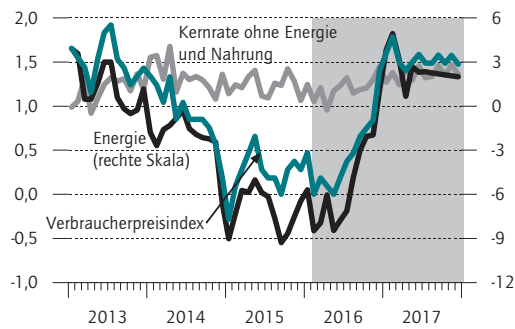
Energiepreise dämpfen weiter die Inflation

Die Verbraucherpreise lagen im Februar auf dem Niveau des Vorjahresmonats. Vor allem die Energiepreise haben die Inflation gedrückt: sie waren 8,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Kerninflation, also die Teuerung ohne Energie und Nahrung, lag mit 1,1 Prozent nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 2).

Die Energiepreise sind – unterbrochenen nur von einer kurzen Erholung im vergangenen Jahr – seit Ende 2013 um nahezu ein Fünftel gesunken (Abbildung 3). Vor dem Hintergrund eines annahmegemäß leicht steigenden Ölpreises wird sich Energie im Prognosezeitraum zwar leicht verteuern (Kasten 1). Die Energiepreise wer-

Abbildung 2

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex In Prozent gegenüber dem Vorjahr



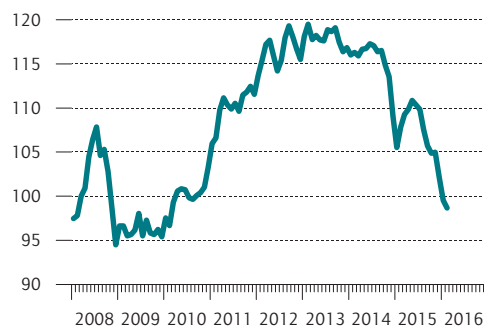
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2016

Die Energiepreise dominieren die Entwicklung der Verbraucherpreise.

Abbildung 3

Energiepreisindex Index 2010 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2016

Die Energiepreise haben ihren Abwärtstrend zuletzt fortgesetzt.

den aber etwa bis Jahresende 2016 unter ihrem jeweiligen Vorjahresniveau liegen und damit die Teuerung im laufenden Jahr noch deutlich dämpfen.

Die Kerninflation dürfte im Prognosezeitraum leicht anziehen. Sobald die auf der Kostenseite entlastenden Effekte bei den Aufwendungen für Energie abklingen, dürften sich in den Preisen Kostensteigerungen an anderer Stelle – insbesondere bei den Lohnkosten – mehr und mehr bemerkbar machen. Die Inflation ohne Ener-

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2016 bei 0,2 Prozent und steigen im kommenden Jahr nur geringfügig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 1. März. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die einen

moderaten Anstieg im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,4 Prozent zu, im kommenden Jahr um 2,5 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Im Jahr 2016 wird der Grundfreibetrag erhöht und das Kindergeld wird angehoben. Zudem dürften die von der Politik für die gesamte Legislaturperiode angekündigten Mittel für investive Maßnahmen zu vermehrten Ausgaben führen – insbesondere auf Bundesebene. Außerdem dürfte die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen ebenfalls mit Mehrausgaben einhergehen. Im kommenden Jahr werden allerdings weniger Mittel für den Ausbau von Kita-Plätzen fließen; diese Ausgaben waren in den Jahren 2015 und 2016 aufgestockt worden.

Restriktiv wirken auch die Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2016 sowie die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des kommenden Jahres. Letzterem steht allerdings eine Ausweitung der Leistungen gegenüber. Alles in allem wird der finanzpolitische expansive Impuls in diesem Jahr bei 0,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 0,1 Prozent.

In der Wirkung wird die Finanzpolitik allerdings deutlich expansiver ausgerichtet sein. In beiden Jahren werden vermehrt Ausgaben anfallen, die durch den großen Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und die sich anschließenden Asylverfahren bedingt sind (Kasten 2).

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2015	2016	2017
EZB-Leitzins	Prozent	0,1	0,1	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,0	-0,1	0,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,0	0,8	1,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,2	0,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,10	1,10
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	2,4	2,3	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	53,1	38,4	43,0
Erdölpreis	Euro/Barrel	47,8	35,1	39,2

© DIW Berlin 2016

gie und Nahrungsmittel wird in diesem Jahr bei 1,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent. Insgesamt bleibt die Verbraucherpreisinflation in diesem Jahr bedingt durch den Preisrückgang bei Energie mit 0,5 Prozent niedrig. Im kommenden Jahr steigt sie voraussichtlich auf 1,5 Prozent.

Beschäftigungsaufschwung verliert etwas an Tempo – Arbeitslosigkeit nimmt zu

Der kräftige Beschäftigungsaufschwung hat sich bis zuletzt fortgesetzt (Abbildung 4). Die Arbeitslosigkeit baute sich weiter ab, aber nur gemächlich, da die Zahl der Erwerbspersonen erneut stark zunahm. Die Wanderungsgewinne übertrafen den leichten Rückgang beim heimischen Erwerbspersonenpotenzial deutlich. Weiterhin zieht es – wenngleich mit nachlassenden Zuwachsraten – Arbeitskräfte aus der EU, insbesondere aus den Beitritts-

ländern, auf den deutschen Arbeitsmarkt.¹ Zudem machte sich nach und nach die vermehrte Asylwanderung bemerkbar. Beim heimischen Erwerbspersonenpotential wurde der schon lange anhaltende, demografisch bedingte Schrumpfungsprozess 2015 erstmals nicht mehr durch eine vermehrte Erwerbsbeteiligung aufgefangen; die Erwerbsquote stagnierte zuletzt. Das hängt auch mit der Mitte 2014 eingeführten Rente mit 63 zusammen.²

Weiterhin nahm nur die abhängige Beschäftigung zu, und hier die sozialversicherungspflichtige – und zwar kräftig. Die Zahl der Mini-Jobs nahm dagegen ab. Durch

¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, Februar 2016.

² Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt. Nürnberg 2015.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2015

	2016	2017
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–2,4
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	–4,6	–4,4
Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus		0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	0,0
Ausweitung der LKW-Maut	0,3	0,3
zusätzliche investive Ausgaben ³	–2,6	–1,4
Erhöhung der BAföG-Leistungen	–0,1	–0,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte		2,6
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2016 um 0,3 Prozentpunkte	4,0	4,1
2. Pflegeverstärkungsgesetz		–5,4
Krankenhausstrukturgesetz	–0,8	–1,6
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,6	–1,3
Insgesamt	–5,6	–9,8
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,2	–0,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013.

³ Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns mussten bei vielen Mini-Jobs die Entgelte angehoben werden; die Privilegierung dieser Beschäftigungsform bei den Steuern und Abgaben kommt daher kaum noch zum Tragen. Rückläufig war ebenfalls die selbständige Beschäftigung. Weiter geschrumpft ist insbesondere die Zahl der Alleinunternehmer; angesichts der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung einer Existenzgründung vorgezogen.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich im Prognosezeitraum fort – aber mit geringerer Geschwindigkeit (Tabelle 3). Denn es kommt zu einer anziehenden Produktivität, da sich die Wertschöpfung hin zu den leistungsfähigeren Wirtschaftszweigen verschiebt. Getragen wird der Aufbau weiterhin von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, während die Mini-Jobs wegen ihrer

geringeren Attraktivität weiter an Bedeutung verlieren. Weil zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs angeboten werden, könnte die selbständige Beschäftigung weiter etwas an Bedeutung verlieren.

Das heimische Erwerbspersonenpotenzial nimmt nochmals leicht ab. Infolge der Wanderungen wächst die Zahl der Erwerbspersonen in diesem und im nächsten Jahr aber kräftig. Weitere Wanderungsgewinne stellen sich im Bevölkerungsaustausch mit den anderen EU-Staaten ein – wenngleich sie nicht mehr ganz so hoch ausfallen werden wie 2014. Abschwächen dürfte sich insbesondere die Netto-Zuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten, während wegen der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit vermehrt Arbeitskräfte aus Kroatien kommen dürften. Überdies erhalten immer mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis. Schwer zu kalkulieren ist allerdings, in welchem

Kasten 2

Zuwanderungen von Asylbewerbern

Ab Sommer vergangenen Jahres legte der schon zuvor stetig gewachsene Strom an Asylsuchenden enorm zu. Der monatliche Spitzenwert wurde im November erreicht, danach ging die Zahl der Asylsuchenden zwar erheblich zurück, blieb aber immer noch vergleichsweise hoch. Unklar ist, inwieweit es sich hierbei um einen witterungsbedingten Rückgang handelte oder in welchem Maße die Erklärung aller Balkanländer zu sicheren Herkunftsländern ins Gewicht fiel. Eine Rolle könnte auch gespielt haben, dass die Erwartungen mancher in Deutschland angekommener Asylbewerber enttäuscht wurden und dies zurückgebliebenen Verwandten oder Bekannten mitgeteilt wurde.

Im gesamten vergangenen Jahr wurden im Verfahren der erstmaligen Registrierung (EASY-Verfahren) 1,09 Millionen potentielle Asylbewerber bei der Einreise gezählt; im Januar dieses Jahres waren es 78 000 und im Februar 61 000. Weil von Doppelzählungen, Weiter- und Rückwanderungen auszugehen ist, dürfte die Zahl der tatsächlichen Asylbewerber geringer sein – angenommen wird, dass 15 Prozent der im EASY-Verfahren erfassten Personen keinen Antrag auf Asyl stellen.

Wie sich der Zustrom an Asylbewerbern weiter entwickeln wird, ist gegenwärtig kaum abzuschätzen. Auf europäischer Ebene ist die Lage politisch unklar: Deutschland tritt für offene Grenzen ein, die Staaten auf der Balkanroute haben dagegen ihre Grenzen inzwischen geschlossen. Über die Frage der Verteilung der Asylbewerber besteht Uneinigkeit unter den EU-Staaten. Derzeit sind Verhandlungen mit der Türkei über die Begrenzung der Asylwanderungen noch nicht abgeschlossen. Ungewiss ist ebenfalls, ob sich die Wanderungsbereitschaft aus den Flüchtlingslagern im Nahen Osten verändert und ob sich neue Wanderungsströme aus anderen Gebieten (etwa Nordafrika) herausbilden. In solch einer Situation können Prognosen über die weitere Entwicklung nur auf der Basis von Setzungen erstellt werden. Angenommen wird, dass in diesem Frühjahr aufgrund des milderen Wetters der Zustrom an Asylbewerbern für kurze Zeit wieder zunimmt, aber deutlich hinter den Zahlen von letztem Herbst zurückbleibt. Anfang des Sommers kommt es zu einer

starken Abschwächung. Am Ende dieses Jahres beläuft sich die Zahl der monatlich ankommenden Personen, die tatsächlich Asyl begehren werden, noch auf 39 000. Im nächsten Jahr werden es jeweils konstant monatlich 36 000 Personen sein. Für das gesamte Jahr 2016 ergibt sich somit ein Zugang von 680 000 Personen und für 2017 von knapp 430 000.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Für die Abschätzung der Folgen für den Arbeitsmarkt ist allein die Zahl der zusätzlich zu erwartenden Erwerbspersonen von Interesse – also solcher Personen, die eine Arbeitserlaubnis erhalten. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um diejenigen, die nach Abschluss ihres Asylverfahrens einen Aufenthaltsstatus für Deutschland (Rechtsstellung als Flüchtling, Gewährung einer Duldung oder eines Abschiebeverbotes) zuerkannt bekommen. Es gibt allerdings einige Sonderregelungen – angenommen wird daher, dass ein kleiner Teil derjenigen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, einem Job nachgeht.

Da die anerkannten Asylbewerber die zentrale Größe sind, muss abgeschätzt werden, wie viele davon überhaupt im erwerbsfähigen Alter sind. Angenommen wird, dass sich die anerkannten Asylbewerber in ihrer Altersstruktur nicht von allen Asylbewerbern unterscheiden – für die entsprechende Informationen vorliegen. Demnach sind 74 Prozent im Alter von 15 bis 64 Jahren. Zudem sind Annahmen über die Erwerbsquote der anerkannten Asylbewerber zu treffen. Werden die Zuwächse bei den von der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Erwerbsfähigen, Beschäftigten und Arbeitslosen mit der Staatsangehörigkeit der Heimatländer wichtiger Flüchtlingsgruppen als Orientierungsgröße herangezogen, kann unterstellt werden, dass von den Personen im erwerbsfähigen Alter zwei Drittel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Ferner ist abzuschätzen, wie sich die Zahl der anerkannten Asylbewerber entwickelt. Weil es derzeit eine große Zahl von in Deutschland eingereisten Personen gibt, die noch gar keinen

Ausmaß die asylbedingte Arbeitsnachfrage anzieht; die Prognose basiert außerordentlich stark auf Setzungen (Kasten 2).

Ab diesem Sommer dürfte das Arbeitskräfteangebot stärker zunehmen als die Arbeitskräftenachfrage, so dass die Zahl der Arbeitslosen steigt. Im nächsten Jahr wird sich der Aufbau der Arbeitslosigkeit nochmals etwas beschleunigen, so dass zum Ende des Jahres 2017

der Wert von 3 Millionen erreicht werden dürfte. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung wird 2016 die Zahl der Arbeitslosen um 60 000 geringer ausfallen als im Vorjahr, 2017 wird das Vorjahresergebnis um 180 000 übertroffen.

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt hatte sich der Lohnanstieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nicht beschleunigt; die Lohnquote ist sogar etwas ge-

Asylantrag gestellt haben und weil sich überdies eine etwa ebenso große Zahl – 400 000 – noch nicht abgeschlossener Asylverfahren angehäuft hat, kommt es vor allem auf die Annahmen über die weiteren Verfahrensfortschritte an. Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren hatte schon im vergangenen halben Jahr stetig zugenommen; im Februar kam es zu knapp 52 000 abschließenden Entscheidungen. Da in den zuständigen Behörden weiterhin das Personal aufgestockt wird, dürfte die Zahl bis zum Jahresende auf 75 000 steigen. Angenommen wird, dass dieser Wert monatlich auch 2017 gehalten wird.

Schließlich muss noch eine Annahme darüber getroffen werden, wie groß der Anteil derjenigen an allen Asylbewerbern ist, die einen Schutzstatus erhalten. Diese Schutzquote ist seit Mitte vergangenen Jahres dem Trend nach gestiegen – was auf eine veränderte Zusammensetzung der Gruppe der Asylbewerber zurückzuführen ist. So hat sich deren Struktur immer mehr hin zu den Personen aus den nahöstlichen Kriegsgebieten verschoben – und diesen wird in aller Regel Asyl gewährt. Dieser Trend dürfte anhalten, da inzwischen alle Balkanstaaten als sichere Herkunftsgebiete gelten, so dass immer weniger Asylsuchende mit der Staatsangehörigkeit dieser Länder kommen. Unterstellt wird, dass die Schutzquote bis Ende dieses Jahres auf 75 Prozent steigt; Ende 2017 beträgt sie 80 Prozent.

Bei all diesen Setzungen ergibt sich für dieses Jahr ein asylbedingter Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential von 194 000 und 2017 von 341 000 Personen.

Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland hinterlässt seine Spuren in den öffentlichen Haushalten. Dabei entstehen bereits ab dem Grenzübertritt Kosten für die öffentliche Hand; neben administrativen Kosten müssen die Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Vor allem im vergangenen Jahr fielen zudem Ausgaben an, weil die bisherigen Kapazitäten für die Unterbringung der Menschen erhöht werden müssen. Dies

ist auch noch im laufenden Jahr der Fall.¹ Auch muss Personal im öffentlichen Sektor aufgestockt werden. Später müssen vermehrt Mittel in Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen für die Zuwanderer fließen. Je nach Stand – vor Beginn, während oder nach Abschluss – des Asylverfahrens ist der Anspruch der Geflüchteten bei den monetären oder sachlichen Leistungen unterschiedlich. Neben verschiedenen laufenden Transfers zum Lebensunterhalt sind dies auch andere Leistungen, beispielsweise für Wohnkosten. Anerkannte Asylbewerber haben Anspruch auf Kindergeld, geduldete Asylbewerber erhalten hingegen geringere Leistungen. Zudem ist die Höhe von Transferleistungen nach deutschem Recht zumeist nach dem Familienstand differenziert.²

Die Schätzung der mit der Zuwanderung verbundenen Ausgaben ist daher komplex und beruht auf einer Vielzahl von Setzungen und Annahmen beispielsweise hinsichtlich der Verfahrensdauer oder hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der Geflüchteten nach Alter und Geschlecht. Alle diese Annahmen haben einen erheblichen Einfluss auf die in dieser Prognose bezifferten Ausgaben der öffentlichen Hand.

Für das Jahr 2016 werden auf Grundlage der getroffenen Annahmen und Setzungen Bruttokosten von 15 Milliarden Euro geschätzt; für das Jahr 2017 werden 18,3 Milliarden Euro veranschlagt. Dem stehen allerdings auch Einnahmen gegenüber. Zu Beginn ist es vor allem der zusätzliche Konsum, der zu höheren Einnahmen bei den Verbrauchsteuern führt. Wenn die Migranten eine Beschäftigung gefunden haben und Lohnsteuer und Sozialbeiträge entrichten, werden die Einnahmen nach und nach zunehmen. Die Mehreinnahmen lassen sich der Migration aber nur schwer zuordnen.

¹ Dabei handelt es sich allerdings nur in geringem Umfang um staatliche Investitionen. Der größte Teil dieser Ausgaben dürfte konsumtiver Natur sein, beispielsweise Mieten für Container.

² Zu den unterschiedlichen Annahmen vgl. Fichtner, F. et al. (2015): Herbstgrundlinien 2015. 842 f. oder van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2015, 1220 f.

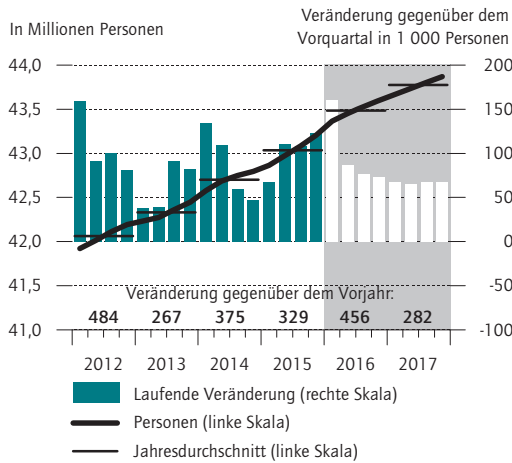
sunken. Machte sich bei den Stundenlöhnen zu Beginn des letzten Jahres noch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes bemerkbar, wurde danach die Entwicklung von den vergleichsweise schwachen tariflichen Anhebungen der Stundenlöhne bestimmt. Im vergangenen Jahr betrug die tarifliche Lohnsteigerung 2,4 Prozent – und damit 0,6 Prozentpunkte weniger noch als 2014. Die effektiven Bruttostundenlöhne stiegen 2015 mit derselben Rate. Ohne den Mindestlohn wäre die Lohndrift

folglich negativ gewesen. Weil die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ausgeweitet wurde, zogen die je Arbeitnehmer gezahlten Entgelte etwas stärker an – brutto um 2,9 Prozent und netto um 2,6 Prozent.

Die weiter zunehmende Beschäftigung stärkt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen. Die im Prognosezeitraum wieder anziehende Arbeitslosigkeit dürfte dem kaum entgegenwirken,

Abbildung 4

Erwerbstätige



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich etwas verlangsamt fort.

da sie sich vor allem auf das Segment einfacher Arbeit konzentrieren wird. Entscheidend ist aber die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften. In einigen Tarifbereichen wie dem öffentlichen Dienst der Länder, der Eisen- und Stahlindustrie und dem Einzelhandel sind bereits bis ins kommende Jahr hinein Tarifsteigerungen vereinbart worden. Diese Abschlüsse laufen auf eine Abschwächung des Lohnauftriebs hinaus. In den nächsten Monaten wird über Lohnanhebungen in anderen wichtigen Bereichen entschieden – wie dem öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden, der Metall- und Elektroindustrie oder dem Bauhauptgewerbe. Zum Teil sind die Forderungen recht hoch, zum Teil deuten sie darauf hin, dass ihnen nur moderate Lohnanhebungen folgen werden.

Zu erwarten ist, dass 2016 die tariflichen Lohnanhebungen im gewichteten Mittel etwas hinter denen des Vorjahres zurückbleiben. Wegen der zusätzlichen Nachfrage nach Arbeitskräften dürften die Effektivlöhne aber stärker zunehmen, so dass die Bruttostundenlöhne wie zuvor um 2,4 Prozent zulegen. Im nächsten Jahr dürfte der Lohnauftrieb mit 2,7 Prozent stärker ausfallen. Die je Arbeitnehmer geleistete Arbeitszeit legt weiter zu, so dass sich bei den Löhnen je Arbeitnehmer für 2016 ein Zuwachs von 2,7 Prozent und für 2017 von 2,9 Prozent ergibt.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2013	2014	2015	2016	2017
Erwerbstätige im Inland	42,33	42,70	43,03	43,49	43,77
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,46	4,40	4,30	4,25	4,21
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,73	30,22	30,86	31,48	31,88
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,90	1,91	1,93	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,02	5,03	4,85	4,71	4,59
Sonstige	1,23	1,15	1,11	1,12	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,06	-0,07	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	42,27	42,64	42,96	43,42	43,71
Erwerbslose	2,18	2,09	1,95	1,86	2,06
Erwerbspersonen	44,45	44,73	44,91	45,28	45,76
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,95	2,90	2,79	2,74	2,92
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,9	6,7	6,4	6,2	6,6
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	9,0	8,8	8,3	8,0	8,4
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,9	4,7	4,3	4,1	4,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,2	5,0	4,7	4,4	4,8
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,41	39,74	39,98	40,28	40,56

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Konsum expandiert kräftig

Die privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr ihren Konsum so stark ausgeweitet wie in den vorangegangenen anderthalb Jahrzehnten nicht. Auch wenn dies teils durch die massiv gesunkenen Ölpreise und einmalige Impulse durch die Leistungsausweitungen bei der Rentenversicherung begünstigt wurde, dürfte sich die kräftige Dynamik zunächst fortsetzen. Denn die Lohnsteigerungen halten an und der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, wenngleich er im weiteren Verlauf etwas Fahrt verliert. Zudem stützen zum Auftakt des laufenden Jahres erneut deutlich gesunkene Energiepreise die Kaufkraft der Verbraucher und Zahlungen im Zusammenhang mit der Anhebung des Grundfreibetrages³ erhöhen die verfügbaren Einkommen. Hinzu kommen spürbare Rentenanhebungen jeweils zur Mitte des Jahres und mehr und mehr auch Sozialleistungen, die den Geflüchteten zufließen.

Allerdings gibt es auch dämpfende Faktoren: Bereits zum Jahresende 2015 hatte der private Konsum Fahrt verloren. Dies lag auch an einem deutlichen Anstieg der

3 Die Anhebung des Grundfreibetrages zu Beginn dieses Jahres entlastet die Verbraucher; vor allem ins Gewicht fällt jedoch, dass die Entlastung im vergangenen Jahr erst mit den Dezembergehältern rückwirkend für das ganze Jahr vorgenommen wurde. Dies dürfte teils auch im Folgenden konsumtiv verausgabt werden.

Sparquote. Teils könnte dies die Nachzahlungen im Zusammenhang mit der Anhebung des Grundfreibetrags widerspiegeln (Fußnote 3), möglicherweise steht der Anstieg der Sparquote auch im Zusammenhang mit einer merklichen Stimmungseintrübung bei den Verbrauchern: Trotz einer aktuell guten Einkommensentwicklung blicken sie seit Herbst vergangenen Jahres mit zunehmender Skepsis in die Zukunft. Vor allem Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes haben zugenommen. Angenommen wird, dass die Zunahme der Arbeitslosenzahlen im späteren Verlauf, insbesondere im kommenden Jahr, zu weiteren, leichten Anstiegen der Sparquote führt. Hinzu kommen weitere Belastungen, etwa die Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Einkommen der privaten Haushalte entwickeln sich weiter kräftig: die Lohnsumme steigt wie in den vergangenen Jahren um etwa vier Prozent; netto verbleibt ein geringerer Zuwachs – in diesem Jahr vor allem, weil die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge aufgrund der Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages zur Krankenversicherung steigen. Im kommenden Jahr schlägt zu Buche, dass die Progression nicht durch die Anhebung des Freibetrages gemindert wird und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben wird. Die monetären Sozialleistungen legen in beiden Jahren spürbar zu: dies liegt einerseits an den kräftigen Rentenanhebungen, andererseits an den steigenden Transfers an Geflüchtete. Zudem dürften wie im vergangenen Jahr die Betriebsüberschüsse und insbesondere die Selbstständigeneinkommen zulegen; die Vermögenseinkommen werden dagegen wohl erneut dämpfen. Zwar profitieren die privaten Haushalte von niedrigen Kreditzinsen, dem stehen aber etwa gedämpfte Einkommen aus festverzinslichen Anlagen gegenüber. Alles in allem legen die verfügbaren Einkommen in beiden Jahren des Prognosezeitraums um jeweils gut drei Prozent kräftig zu.

Die Teuerung bleibt zwar gering, fällt aber im kommenden Jahr deutlich höher aus als in diesem. Die realen Einkommen legen in diesem Jahr mit 2,3 Prozent daher stärker zu als im Jahr 2017, in dem sie um gut 1,7 Prozent steigen. Demgegenüber schränkt die zunehmende Ersparnisbildung in diesem Jahr die Ausgaben deutlicher ein als im kommenden Jahr. Der private Konsum dürfte dieses Jahr wie im Vorjahr um 1,9 Prozent steigen, im kommenden Jahr um fast anderthalb Prozent.

Der öffentliche Konsum trägt ebenfalls spürbar und deutlich stärker als im langjährigen Mittel zum Wachstum bei. Auch ins Gewicht fallen hier die Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen (Kasten 2); diese Impulse schwächen sich zum Ende des Prognosezeitraums hingegen ab.

Ausrüstungsinvestitionen: Unternehmen in Wartestellung

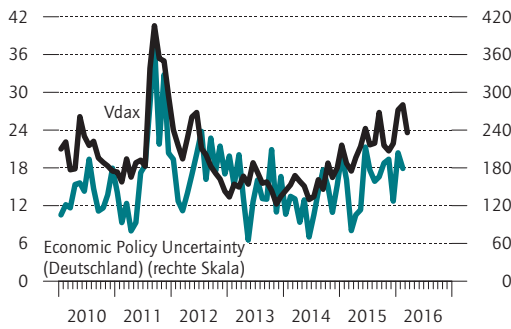
Die Investitionstätigkeit der Unternehmen nimmt, trotz einer zeitweilig positiven Entwicklung im vergangenen Winterhalbjahr und immer wieder signalisierter Investitionsbereitschaft im verarbeitenden Gewerbe, keine Fahrt auf. Zwar wurden die Anschaffungen neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im Jahr 2015 um knapp fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet – dies lag allerdings in erster Linie am positiven Jahresauftakt und im zweiten Halbjahr an einer erheblichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen, zu denen jetzt auch Militärausgaben gezählt werden. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich demgegenüber seit Frühjahr 2015 schwach und waren im dritten und vierten Quartal sogar rückläufig. Die Investitionen in sonstige Anlagen entwickelten sich stabil.

Die Investitionen werden auch im Prognosezeitraum nur zögerlich ausgeweitet. Im Vergleich zu den hohen öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr 2015 fallen diese zum Jahresbeginn 2016 deutlich geringer aus; deswegen ist für die Ausrüstungen insgesamt zunächst sogar mit einem Rücksetzer zu rechnen. Dabei ist die Erholung der privaten Investitionstätigkeit bereits berücksichtigt, so wie sie sich am aktuellen Rand bei den Inlandsumsätzen von Investitionsgüterherstellern abzeichnet. Für das zweite Quartal sind die Aussichten nur etwas besser: Die Auftragseingänge haben lange stagniert, lassen zuletzt aber wieder auf eine zunehmende Investitionstätigkeit schließen. Die Geschäftsaussichten unter den Investitionsgüterherstellern lassen eine verhaltene Entwicklung erwarten. Wesentliche Gründe für die derzeitige Investitionszurückhaltung dürften neben der gesunkenen Industrieproduktion auch die eingetrübten Absatzerwartungen im Ausland sein. Es belasten wohl die Sorgen um die weitere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft, die Krisen im Nahen Osten, die Spannungen mit Russland und nicht zuletzt die weiterhin ungelösten Fragen zum Zusammenhalt der Europäischen Union. Deutlich sichtbar ist diese Verunsicherung auf den Finanzmärkten – so hat die Volatilität des DAX im Februar den höchsten Stand seit Mitte des Jahres 2012 erreicht. Auch haben sich Maße für die wirtschaftspolitische Unsicherheit⁴ im Schlussquartal des vergangenen Jahres deutlich erhöht (Abbildung 5).

⁴ Ein etabliertes Maß ist der sogenannte „Economic Policy Uncertainty“ Index. Dieser misst wirtschaftspolitische Unsicherheit, indem er die Anzahl der Zeitungsartikel in wichtigen Tageszeitungen zählt, in denen bestimmte Begriffe wie „Unsicherheit“ in Zusammenhang mit wirtschaftspolitisch relevanten Themen genannt werden, vgl. Baker, S. R., Bloom, N., & Davis, S. J. (2015): Measuring economic policy uncertainty. National Bureau of Economic Research Working Paper 21633.

Abbildung 5

Wirtschaftspolitische Unsicherheit und Volatilität des DAX



Quellen: Baker, Bloom & Davis (2015); Datastream.

© DIW Berlin 2016

Vor allem die Unsicherheit unter Anlegern ist zuletzt wieder erheblich gestiegen.

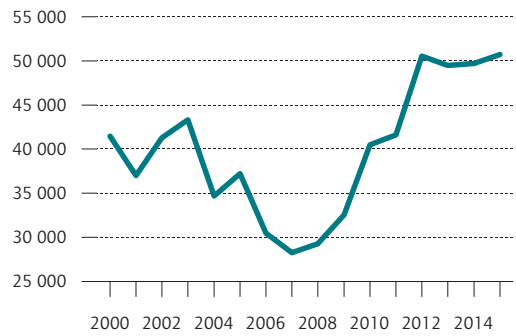
Bei abflauerender Verunsicherung werden die Investitionen in Ausrüstungen ab der zweiten Jahreshälfte nach und nach ausgeweitet. Laut Order-Capacity-Index gibt es einen Bestellüberhang bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Auch sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin ausgesprochen günstig und die binnenwirtschaftliche Nachfrageentwicklung bleibt dynamisch. Vor diesem Hintergrund ist mit einer leichten Steigerung der Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge für das laufende Jahr von rund einem halben Prozent zu rechnen. Dafür sprechen auch die Investitionsabsichten der vom DIHK befragten Unternehmen, die insgesamt ein Niveau leicht über dem Vorjahr nahelegen. Die sonstigen Investitionen werden um gut 2,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2015 ausgeweitet. Die Dynamik wird sich im Jahr 2017 beschleunigen. Dann ist mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um gut drei Prozent und der sonstigen Investitionen um erneut rund 2,5 Prozent zu rechnen. Auch am Ende des Prognosezeitraums wird die Investitionsquote allerdings weiterhin unterhalb des vor der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachteten Niveaus liegen.

Bauwirtschaft legt eine Schippe drauf

Die Bauinvestitionen sind angesichts der günstigen Rahmenbedingungen weiterhin aufwärtsgerichtet. Im vergangenen Jahr profitierte vor allem der Wohnungsbau – insbesondere im Schlussquartal stieg die Wohnungsbauleistung kräftig. Der Wirtschaftsbau legte ebenfalls, auch bedingt durch die kurzfristige Nachfrage nach Unterbringungen für Flüchtlinge, zum Jahresende hin deutlich zu. Begünstigt wurde diese Entwicklung von äußerst milder Witterung – im Schlussquartal kam es praktisch

Abbildung 6

Veräußerte Baufläche in Wohngebieten
In 1000 qm



Quellen: Statistisches Bundesamt; Hochrechnung des DIW Berlin für 2015.

© DIW Berlin 2016

Seit 2012 stagnieren die Baulandveräußerungen bei stark steigender Neubaunachfrage.

zu keinerlei Behinderungen der Bautätigkeit. Auch die Witterung zu Beginn des laufenden Jahres ist günstig. Für alle Bausparten ist daher mit einem kräftigen Start in das Jahr 2016 zu rechnen.

Der Wohnungsbau – insbesondere der Neubau – dürfte im Prognosezeitraum weiter kräftig expandieren. Auftragslage und Entwicklung sind günstig, das Volumen der genehmigten Wohnungsbauvorhaben ist im zweiten Halbjahr 2015 deutlich gestiegen⁵ und die Nachfrage nach Wohnungen bleibt angesichts der Zuwanderung, des Niedrigzinsumfelds und der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung hoch. Auch haben sich die Geschäftserwartungen der Bauunternehmen weiter deutlich aufgehellt. Die diesjährige Dynamik wird voraussichtlich erneut durch die Witterung verzerrt. Im laufenden Jahr ist nach einem starken Auftakt mit einer deutlich geringeren Ausweitung der Bauleistungen bis in den späten Sommer zu rechnen.

Impulse kommen außerdem von der Politik. Angesichts der angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten in den Großstädten hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über steuerliche Sonderabschreibungen innerhalb der ersten drei Jahre für in den Jahren 2016 bis 2018 genehmigte Wohnungsbauvorhaben in Höhe von 35 Prozent der Baukosten verabschiedet. Allerdings dürfte diese Maßnahme in erster Linie zu Mitnahmeeffekten führen und im Prognosezeitraum die Bauproduktion

⁵ Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass am 1. Januar 2016 strengere Vorschriften im Bereich der Energieeffizienz Gültigkeit erlangt haben. Ein Teil der Baugenehmigungen dürfte angesichts der Verschärfung der Anforderungen der Energieeinsparverordnung vorgezogen worden sein.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2015	2013	2014	2015	2016	2017
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	59,9	-0,7	3,3	1,6	2,7	1,8
Nichtwohnungsbau	40,1	-1,5	2,4	-1,5	2,3	0,5
Gewerblicher Bau	28,3	-2,2	2,3	-1,4	1,5	0,0
Öffentlicher Bau	11,8	0,2	2,7	-1,6	4,4	1,4
Bauinvestitionen	100,0	-1,1	2,9	0,3	2,6	1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Weiterhin bleibt der Wohnungsbau die Stütze der Baukonjunktur.

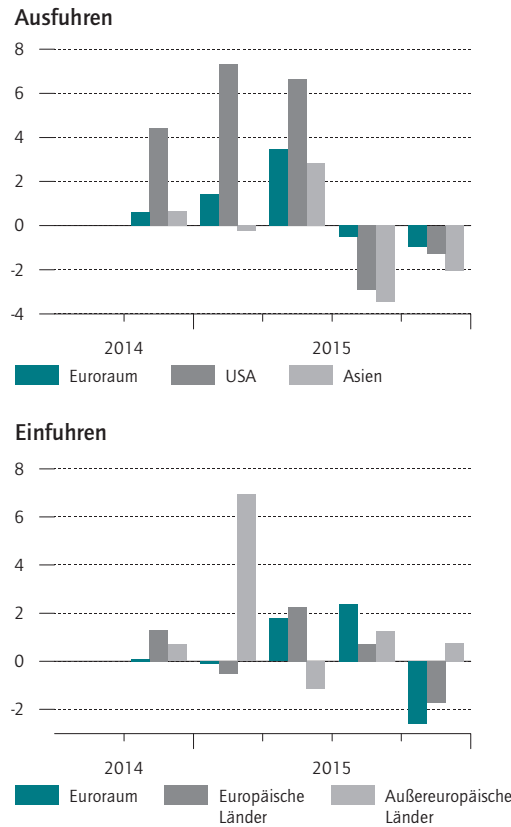
tion kaum ankurbeln. Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung ist eine vollständige Planung auf einer dazugehörigen Fläche – dies benötigt Zeit. Zudem dürfte es zunehmend Schwierigkeiten bereiten, entsprechendes Bauland zu finden, darauf deuten die Statistiken zu den veräußerten Flächen hin. Trotz deutlich steigender Nachfrage stagnieren die Baulandverkäufe seit geraumer Zeit (Abbildung 6). Auch angesichts bereits jetzt stark ausgelasteter Kapazitäten in der Bauwirtschaft wird die Subventionierung von Mietwohnbauten vor allem Preissteigerungen nach sich ziehen. Impulse für das Bestandssegment kommen von einer deutlich verbesserten Förderung energetischer Sanierungen durch die KfW. Dies wird dem Ausbaugewerbe zunehmend Aufträge verschaffen. Im laufenden Jahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen um 2,7 Prozent und 2017 um knapp 1,8 Prozent zulegen (Tabelle 4).

Die gewerblichen Bauinvestitionen profitieren derzeit von dem kurzfristigen Bedarf aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen – die benötigten Kapazitäten dürften aber bald hergestellt sein. Dennoch deuten die Auftragseingänge am aktuellen Rand auf eine Ausweitung der Bautätigkeit im ersten Halbjahr 2016. Auch die Geschäftserwartungen und die Geschäftslage werden von den Bauunternehmern deutlich besser eingeschätzt als noch Mitte vergangenen Jahres. Die Baugenehmigungen sind seit Anfang 2015 zwar aufwärtsgerichtet – dies ist den Handels- und Lagergebäuden zuzuschreiben. Sowohl die Genehmigungen von Büro- und Verwaltungsgebäuden als auch die der Produktions- und Werkstattgebäude bleiben indes rückläufig. Zusammenhängen dürfte dies auch mit der zwischenzeitlichen Schwäche der Industrieproduktion. Alles in allem werden die ge-

Abbildung 7

Außenhandel nach Regionen

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

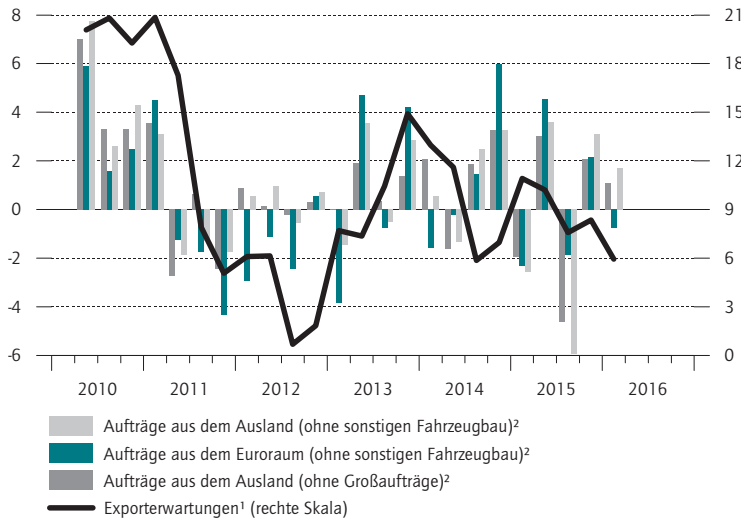
Die Exporte gingen zuletzt auf breiter Front zurück.

werblichen Bauinvestitionen gegenüber dem Jahr 2015 wohl um gut 1,5 Prozent ausgeweitet. Gleichwohl bleibt die Grunddynamik verhalten, sodass die Investitionen im Wirtschaftsbau im kommenden Jahr auf diesem Niveau stagnieren.

Der öffentliche Bau profitiert derzeit von allgemein steigenden Investitionen aller Gebietskörperschaften. Die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau und im Tiefbau deuten auf eine rege Bautätigkeit in der ersten Jahreshälfte hin – dies deckt sich auch mit der verbesserten Beurteilung der Geschäftslage und der Geschäftserwartungen der Bauunternehmen. Im laufenden Jahr werden nach wie vor Mittel in den Ausbau von Kindertagesstätten investiert. Neben der guten Kassenlage der Kommunen dürfte auch die Errichtung eines Sondervermögens für finanzschwache Gemeinden für steigende Investitionen sorgen. Auch werden zusätzliche Bundesmittel für den Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfra-

Abbildung 8

Frühindikatoren für die Exportentwicklung



1 Saldo, letzter Wert (Q1 2016): Durchschnitt Jan-Feb gegenüber Q4 2015.
 2 Veränderungen zum Vorquartal in Prozent, letzter Wert (Q1 2016): Jan gegenüber Q4 2015.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Ifo-Institut; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Während sich die Exporterwartungen eingetrübt haben, sind die Aufträge aus dem Ausland zuletzt wieder gestiegen.

struktur bereitgestellt. In diesem Jahr wird das Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen real um 4,4 Prozent ausgeweitet. Im kommenden Jahr ist mit einer Steigerung um 1,4 Prozent zu rechnen.

Exporte ziehen nur langsam an, Importe steigen stärker

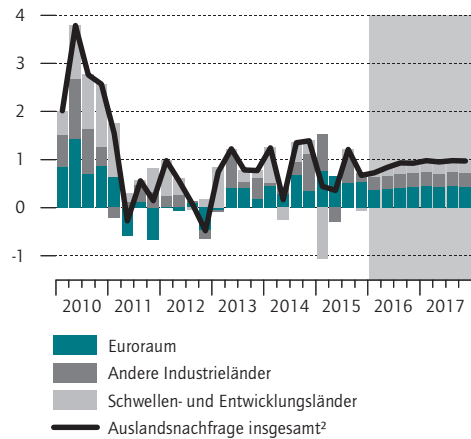
Die Ausfuhren sind im vierten Quartal 2015 um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal gefallen. Zwar legten die Dienstleistungsexporte überaus kräftig zu, die Warenexporte gaben aber auf breiter Front nach. Sowohl die Lieferungen nach Asien und in die USA als auch in den Euroraum waren rückläufig (Abbildung 7). Darüber hinaus gingen im Schlussquartal auch die Ausfuhren in die OPEC-Staaten deutlich zurück; hier dürften sich die Ölpreisrückgänge bemerkbar gemacht haben. Vor allem die Exporteure von Maschinen und Kraftfahrzeugen waren von der schwächeren Weltkonjunktur betroffen.

Für das laufende Quartal zeichnen die Frühindikatoren ein gemischtes Bild (Abbildung 8). Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind nach dem Einbruch im dritten Quartal 2015 gestiegen. Allerdings haben sich die Exporterwartungen zuletzt weiter eingetrübt. Die Zahlungsbilanzstatistik weist ebenfalls auf eine schwache Exportdynamik im ersten Quartal hin, zudem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu Jahresbeginn etwas

Abbildung 9

Auslandsnachfrage¹

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



1 Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.
 2 Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent.

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

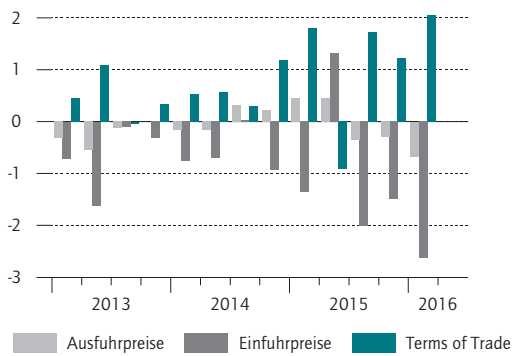
Im Prognosezeitraum nimmt vor allem die Nachfrage nach deutschen Produkten aus den Industrieländern zu.

verschlechtert haben. Zunächst dürften die Exporte nur gedämpft steigen. Im weiteren Verlauf legt die Auslandsnachfrage nach und nach wieder etwas mehr zu, besonders wegen der anziehenden Nachfrage aus dem Euroraum (Abbildung 9). Von den Schwellenländern, vor allem aus China, kommen dagegen zunächst nur geringe Impulse. Außerdem gehen im Prognosezeitraum Abwärtsrisiken für die Exportentwicklung von einem möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU, sowie von der Gefahr einer Ausweitung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum aus. Insgesamt steigen die Ausfuhren im Prognosezeitraum nur moderat. Nach einem Zuwachs von 5,4 Prozent im vergangenen Jahr dürften sie 2016 mit 2,0 Prozent und 2017 mit 3,7 Prozent expandieren.

Die Einfuhren legten im vierten Quartal dank der starken Dienstleistungsimporte etwas zu, die Wareneinfuhren gingen allerdings zurück. Letzteres war vor allem auf die Einfuhren aus den europäischen Ländern zurückzuführen, die Lieferungen aus den nicht-europäischen Ländern stiegen dagegen leicht. Während deutlich weniger Investitionsgüter importiert wurden als im Vorquartal, und auch die Konsumgüterimporte etwas nachgaben, war ein leichter Anstieg bei den Vorleistungsgüterimporten zu verzeichnen.

Für das erste Quartal weist die Zahlungsbilanzstatistik auf einen höheren Zuwachs der Einfuhren als zum

Abbildung 10

AußenhandelspreiseVeränderungen gegenüber Vorquartal in Prozent¹¹ Letzter Wert (Q1 2016): Veränderungsrate Januar gegenüber Q4 2015.

Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Wegen der rückläufigen Ölpreise sind die Außenhandelspreise zuletzt wieder deutlich gesunken.

Jahresende hin. Im weiteren Verlauf dürften die Importe im Einklang mit der Auslandsnachfrage und bei anhaltend dynamischer Binnenkonjunktur mit leicht beschleunigtem Tempo zunehmen. Auch dank des kräftigen privaten Konsums werden die Zuwächse wohl etwas höher als die der Exporte ausfallen. Insgesamt dürften die Einfuhren um 3,8 Prozent in diesem und um 4,7 Prozent im kommenden Jahr steigen.

Die Importpreise sind im Schlussquartal 2015 vor allem wegen des Ölpreistrückgangs erneut deutlich gesunken (Abbildung 10). Auch für das erste Quartal deutet sich noch einmal ein kräftiger Rückgang an. Bei annahmegemäß steigenden Ölpreisen und einer leichten Verbesserung der Weltkonjunktur werden die Importpreise ab dem zweiten Quartal wohl nach und nach wieder steigen. Die geringeren Importkosten dürften die Exporteure zunächst teils weiterreichen; daher dürften die Exportpreise im ersten Quartal noch einmal fallen, bevor sie anschließend mit ähnlichem Tempo wie die Importpreise anziehen. Damit werden sich die Terms of Trade zu Jahresbeginn dank der günstigen Einfuhrpreise noch einmal sichtbar verbessern. Auch im weiteren Verlauf werden sie etwas zulegen, da die Exporteure die steigenden Lohn- und Importkosten teilweise an ihre Kunden weitergeben. Im Jahresdurchschnitt 2016 ergibt sich damit eine deutliche Verbesserung des außenwirtschaftlichen Tauschverhältnisses, im Jahr 2017 nochmals eine leichte.

Der Expansionsbeitrag des Außenhandels ist in beiden Jahren des Prognosezeitraums negativ, besonders im lau-

fenden Jahr bremst er das Wachstum mit $-0,5$ Prozent deutlich. Der Außenbeitrag in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verharrt in den kommenden beiden Jahren auf seinem hohen Niveau von knapp 8 Prozent, der Leistungsbilanzüberschuss dürfte bei 8,6 Prozent im Jahr 2016 und 8,7 Prozent im Jahr 2017 liegen.

Öffentliche Finanzen:**Bei kräftig steigenden Ausgaben weiterhin Überschüsse – aber schrumpfend**

Nach wie vor ist die Kassenlage der öffentlichen Hand insgesamt gut, vor allem weil die Einnahmen des Staates kräftig expandieren. So nehmen die direkten Steuern deutlich zu. Die Lohnsumme steigt spürbar und die Lohnsteuer wird merklich zulegen. Im Jahr 2016 bremst die Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag die Einnahmentwicklung bei der Lohnsteuer allerdings (Tabelle 2 in Kasten 1). Die Gewinnsteuern legen im Prognosezeitraum ebenfalls spürbar zu, wenngleich nicht so stark wie im Vorjahr; die Gewinne entwickeln sich etwas schwächer, auch wenn sie im laufenden Jahr vom Ölpreistrückgang und der damit verbundenen Kostenentlastung profitieren dürften.⁶ Auch die indirekten Steuern steigen deutlich. Vor allem im laufenden Jahr legt der nominale Verbrauch merklich zu und mit ihm die Mehrwertsteuereinnahmen. Die übrigen – mengenbasierten – indirekten Steuern zeigen hingegen keine große Dynamik.

Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen nehmen in beiden Jahren kräftig zu. Zum einen findet der Beschäftigungsaufbau weiterhin vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt und auch die Löhne legen spürbar zu. Außerdem steigt im laufenden Jahr der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung und im kommenden Jahr wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben.⁷

Die übrigen Einnahmen des Staates entwickeln sich eher verhalten. Ihre Dynamik wird zum einen durch die Erbschaftsteuer gebremst.⁸ Aufgrund eines erwarteten Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden und haben das Aufkommen in den Jahren 2014 und 2015 erhöht. Diese Steuerfälle dürften nunmehr nach und nach veranlagt worden sein und

⁶ Das Aufkommen der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird zudem durch ein Urteil in Zusammenhang mit dem Besitz von Streudividenden zu Mindereinnahmen führen.

⁷ Gleichzeitig werden mit dem Pflegeverstärkungsgesetz die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung zunehmen. Der Rentenbeitragssatz bleibt nach der hier vorgelegten Prognose konstant; eine in den kommenden Monaten nur geringfügig bessere Entwicklung am Arbeitsmarkt würde aber dazu führen, dass er zu Beginn des kommenden Jahres gesenkt werden müsste.

⁸ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wird die Erbschaftsteuer als Vermögenstransfer betrachtet.

das Erbschaftsteueraufkommen wird auf ein niedrigeres Niveau zurückgehen. Zum anderen ist der Teil des Bundesbankgewinns, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als Staatseinnahme verbucht wird, im laufenden Jahr niedrig.⁹

Alles in allem steigen die Einnahmen im Prognosezeitraum kräftig. Sie nehmen in diesem Jahr um 3,5 Prozent und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zu.

Auch die staatlichen Ausgaben legen mit hoher Dynamik zu. Die Arbeitnehmerentgelte steigen merklich. In beiden Jahren dürften die Lohnabschlüsse für den öffentlichen Dienst spürbar sein. So werden die zurzeit anstehenden Verhandlungen für den Bund wohl zu kräftigen Anhebungen führen und auch die neue Tarifrunde für die Länder im kommenden Jahr dürfte angesichts der nach wie vor guten Kassenlage wieder mit merklichen Anstiegen verbunden sein. Im laufenden Jahr wird zudem die Beschäftigung ausgeweitet. Die Vorleistungen werden ebenfalls deutlich zunehmen.¹⁰ Zum einen begünstigt die Kassenlage – auch in vielen Kommunen – einen gelockerten Ausgabenkurs. Zum anderen werden im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen vermehrt Ausgaben getätigt werden. Kräftig werden die sozialen Sachleistungen zunehmen. Zum einen ist die Grunddynamik bei diesen Ausgaben – insbesondere im Gesundheitswesen – hoch. Zum anderen werden im kommenden Jahr die Leistungen bei der sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet. Hinzu kommt, dass die Ausgaben für soziale Sachleistungen durch die flüchtlingsbedingt steigende Zahl von Hilfeempfängern vor allem im Verlauf des Jahres 2016 deutlich zunehmen werden.¹¹

Die monetären Sozialleistungen steigen ebenfalls kräftig. Zwar werden die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung aufgrund der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum weiter zurückgehen und die Ausgaben

für das Betreuungsgeld laufen langsam aus.¹² Die anderen Sozialleistungen nehmen allerdings merklich zu. Infolge des Zustroms von Asylsuchenden steigen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II deutlich und auch andere Sozialleistungen wie laufende Hilfen für Wohnungs(neben)kosten oder Ausgaben für Kindergeld werden spürbar expandieren. Letzteres wurde zudem zu Beginn des Jahres 2016 angehoben. Die Renten werden ebenfalls kräftig zulegen, insbesondere zur Jahresmitte 2016 wird die Rentenanpassung hoch sein.¹³

Die Ausgaben des Staates für Bruttoinvestitionen werden im laufenden Jahr kräftig zulegen. Zum einen bietet die Haushaltslage – nach wie vor auch in vielen Kommunen – Spielräume für Investitionen. Zum anderen stockt der Bund seine Investitionen, insbesondere für die Verkehrswege merklich auf. Auf kommunaler Ebene dürften die bereitgestellten Mittel zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Ebenen nach und nach ebenfalls mit einer vermehrten Bautätigkeit einhergehen. Für den Kita-Ausbau gehen die zusätzlich bereitgestellten Mittel allerdings zurück. Alles in allem werden die Investitionsausgaben nochmals leicht zunehmen.

Die Subventionen werden im Prognosezeitraum ebenfalls zulegen. Diese Ausgaben waren in der Vergangenheit deutlich zurückgeführt worden. Seit dem Jahr 2013 nehmen sie aber wieder zu. Dies ist größtenteils auf die Energiewende zurückzuführen. Auch die geleisteten Vermögenstransfers, die in den vergangenen Jahren wegen des Auslaufens der Eigenheimzulage sowie den mit der Abschaffung der Investitionszulage verbundenen Minderausgaben, rückläufig waren, werden – nachdem diese Effekte entfallen sind – im Prognosezeitraum leicht zunehmen.¹⁴ Demgegenüber werden die Zinsausgaben weiter zurückgehen. Zum einen ist die vom Fiskus zu zahlende Rendite für Staatsanleihen nach wie vor niedrig, zum anderen geht die Staatsverschuldung seit zwei Jahren zurück.

Alles in allem werden die Ausgaben in diesem Jahr mit 3,9 Prozent und im kommenden Jahr mit vier Prozent merklich expandieren. Diese Ausgabenentwicklung wird allerdings durch einen Sondereffekt verzerrt. Im vergangenen Jahr hat der Staat Einnahmen in Höhe von ins-

⁹ Der um Maastricht-neutrale Positionen korrigierte Bundesbankgewinn.

¹⁰ Nach den Vorschriften der VGR sind öffentliche Unternehmen oder Fonds dem Staatssektor zuzuordnen, wenn sie über einen aussagefähigen Mehrjahreszeitraum mehr als 50 Prozent ihrer Kosten durch Verkaufserlöse decken. Die Abgrenzung des Staatssektors ändert sich dadurch zu Beginn jedes Jahres. In der Statistik werden rückwirkende Anpassungen jeweils im August vorgenommen, allerdings nur für vier Jahre. Für einige Einnahme- und Ausgabegrößen hat die geänderte Abgrenzung nur geringe Bedeutung. Bei anderen – wie den Verkäufen, Vorleistungen oder empfangenen Vermögenseinkommen – ist ein zeitlicher Vergleich nur noch eingeschränkt möglich.

¹¹ In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Flüchtlinge vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen soziale Sachleistungen erhalten. Sobald sie diese verlassen haben, wird angenommen, dass die Länder ihre bisherige Praxis beibehalten und größtenteils monetäre Transfers zahlen. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, weiterhin einen Teil der Hilfen in Form von Sachleistungen zu gewähren. Der Finanzierungssaldo des Staates wird von der Verfahrensweise nicht berührt. Auch die Höhe des Konsums insgesamt dürfte davon unberührt bleiben, denn es ist kaum davon auszugehen, dass solche Transfer-einkommen zu großen Teilen gespart werden. Allerdings wäre die Aufteilung des Konsums auf die Sektoren Staat und private Haushalte eine andere.

¹² Im Jahr 2015 hat das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt; in den bis dahin genehmigten Fällen fließt die Leistung aber bis zum 36. Lebensmonat des Kindes weiter.

¹³ Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Brutto Lohnentwicklung orientiert, im Jahr 2015 gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wird im Jahr 2016 nachgeholt: in Westdeutschland dürfte die Rentenanpassung bei 4,35 Prozent, in Ostdeutschland bei 5,03 Prozent liegen.

¹⁴ Da hier auch die Auswirkungen von Gerichtsurteilen berichtet werden, wurde dieser Trend in einzelnen Jahren überlagert.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2017

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,3
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,0
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	66,9
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,4
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,6
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,0
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,5
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,4
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	-0,1	10,2	79,7
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	-0,1	8,8	77,4
2014	44,6	22,6	16,5	44,2	1,8	2,2	0,4	7,8	74,9
2015 ⁵	44,6	22,8	16,6	44,0	1,6	2,2	0,5	7,0	71,2
2016	44,6	22,8	16,7	44,1	1,5	2,2	0,5	6,5	68,4
2017 ⁶	44,8	22,9	16,9	44,4	1,4	2,2	0,4	6,1	66,2

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Milliarden Euro).

6 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

gesamt 5,1 Milliarden Euro durch die Versteigerung von Funkfrequenzen erzielt. Diese Einnahmen werden in den VGR zum einen als negative Ausgabe gebucht und zum anderen zeitlich auf die Jahre 2015 bis 2019 verteilt. Im Jahr 2015 wurden die Staatsausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Prognosezeitraum mindern sie die Ausgaben im Jahr 2017 um 3,8 Milliarden Euro.

In diesem Jahr liegt der öffentliche Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,5 Prozent (Tabelle 5); im kommenden Jahr sinkt diese Quote – bereinigt um die Einmalerlöse bei der Versteigerung der Funkfrequenzen – auf 0,4 Prozent. Der strukturelle, also der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Finanzierungssaldo, liegt im laufenden Jahr – nach 0,5 Prozent im vergangenen Jahr – bei 0,4 Prozent und geht im Jahr 2017 auf 0,2 Prozent zurück.¹⁵

¹⁵ Dieser Finanzierungssaldo, der auch für die deutsche Schuldenbremse zu Grunde gelegt wird, ist um die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen bereinigt.

Damit wird der öffentliche Gesamthaushalt trotz der Mehrausgaben in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 mit Überschüssen abschließen. Dieser Überschuss nimmt allerdings ab – vor allem bei den Gebietskörperschaften. Im Jahr 2016 wird deren Überschuss – nach 14 ½ Milliarden Euro im Jahr 2015 auf gut acht Milliarden Euro sinken; im Jahr 2017 wird er bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen auf knapp zwei Milliarden Euro zurückgehen. Insbesondere beim Bund werden sich die Spielräume nach und nach einengen, auch weil er den Ländern und insbesondere den Kommunen mehr Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung stellt.¹⁶

¹⁶ Der Bund hat bereits beschlossen, den Kommunen eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. In diesem Jahr will der Bund Ländern und Kommunen drei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Die aus den Überschüssen im Jahr 2015 gebildete Rücklage des Bundes wird in den VGR nicht berücksichtigt, d.h. der Finanzierungssaldo im Jahr 2015 ist um diesen Betrag erhöht, die Salden in den Jahren 2016 und zum Teil noch im Jahr 2017 werden durch die dann stattfindende Auflösung der Rücklage nicht berührt.

Kasten 3

Potential

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird. Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, die die Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital und die Totale Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Letztere erfasst den Teil der Produktion, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann – dies ist vor allem der technologische Fortschritt.

Mit Blick auf die Arbeitsmarktwirkungen der hohen Zahl an Geflüchteten ist eine rein mechanische Anwendung des Verfahrens jedoch nicht sinnvoll: Typischerweise wird der Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, um konjunkturelle Schwankungen bereinigt, indem die bislang beobachtete (und für die kurze Frist prognostizierte) Partizipationsrate mittels eines statistischen Verfahrens fortgeschrieben und anschließend anhand eines Filterverfahrens geglättet wird. Diese Rate ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, da vor allem die Erwerbsneigung von Frauen und von älteren Menschen zugenommen hat; eine statistische Fortschreibung setzt diesen Trend fort. Angewandt auf die – aufgrund der Flüchtlingsmigration deutlich gestiegenen – Bevölkerungszahlen würde das Erwerbspersonenpotential erheblich überzeichnet. Denn für die Geflüchteten wird eine geringere Partizipationsrate unterstellt (Kasten 2). Anstelle der Partizipationsrate wird daher die Zahl der Erwerbspersonen direkt geglättet; diese Zahl wird konsistent zur demografischen Entwicklung der heimischen Bevölkerung, den bislang vorliegenden Informationen und den hier zugrunde gelegten Annahmen zur Flüchtlingsmigration sowie zur nicht fluchtbedingten Migration für den Zeitraum

der Mittelfristprojektion bestimmt. Nach Zuwächsen bei der Zahl der Erwerbspersonen um 370 000 beziehungsweise 480 000 Menschen in diesem und im kommenden Jahr ergibt sich, unter anderem bei Berücksichtigung des Rückstaus Ende 2017 noch unerledigter Asylanträge, in der Summe ein Anstieg um 290 000 Personen (darunter 140 000 Geflüchtete) im Jahr 2018. Für die verbleibenden beiden Jahre wird unterstellt, dass der asylbedingte Zuwachs bei den Erwerbspersonen geringer ausfällt; konkret wird angenommen, dass sich der Anstieg im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr halbiert (Tabelle 1).

Die Informationen zur Entwicklung der Erwerbspersonen ermöglichen zusammen mit dem Beschäftigungsaufbau in der mittleren Frist (vgl. Abschnitt Mittelfristprojektion) die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote über den gesamten Projektionszeitraum; sie wird noch etwas sinken, vor allem im laufenden Jahr, und sich bei knapp vier Prozent stabilisieren. Der Abwärtstrend bei der Arbeitszeit dürfte zum Erliegen gekommen sein; darin spiegelt sich auch wider, dass vermehrt Vollzeitstellen aufgebaut werden. Alles in allem dürfte das Arbeitsvolumen im Durchschnitt knapp 0,5 Prozentpunkte zum Potentialwachstum beitragen. Der Beitrag des Faktors Kapital in Höhe von 0,4 Prozentpunkten fällt nur etwas niedriger aus; hier schlägt zu Buche, dass aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds die Nettoinvestitionen stärker ausgeweitet werden dürften als das Produktionspotential. Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten leisten. Das reale Produktionspotential wird bis zum Jahr 2020 um jahresdurchschnittlich 1,5 Prozent wachsen (Tabelle 2).

Tabelle 1

Entwicklung der Erwerbspersonen

In Tausend Personen

	inländische EP	Zuwanderungen		Erwerbspersonen
		asylbedingt	sonstige	
2015	-120	34	273	187
2016	-140	194	311	365
2017	-170	341	310	481
2018	-133	140	280	287
2019	-190	70	263	143
2020	-117	35	250	168

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 2

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2010-2015	2015-2020
Produktionspotential	1,2	1,5
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,4	0,5
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,4	0,6

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

Mittelfristprojektion

Für die mittlere Frist werden der Ölpreis und der Euro-Dollar-Wechselkurs konstant gehalten. Unterstellt wird das annahmegemäß Ende 2017 erreichte Niveau (vgl. Kasten 1): Der Ölpreis beträgt demnach 44,2 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,10 US-Dollar pro Euro. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird expansiv bleiben; für Deutschland ist sie damit sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2018 bis 2020 etwa neutral ausgerichtet sein.

Zudem wird davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft ihren Aufwärtstrend fortsetzt, allerdings bei etwas geringeren Zuwächsen als im Durchschnitt der vergangenen Jahre: Die Expansion der Wirtschaftsleistung in den entwickelten Volkswirtschaften wird etwas an Tempo gewinnen, auch im Euroraum. Die Dynamik in den Schwellenländern dürfte sich dagegen abschwächen, vor allem in China. Die deutsche Auslandsnachfrage dürfte rund vier Prozent pro Jahr steigen.

Die Exporte werden sich geringfügig schwächer entwickeln: die kräftigen Lohnsteigerungen werden mehr und mehr in die Preise, auch der Ausfuhren, weitergegeben. Die Terms of Trade dürften stagnieren. Die Importe legen kräftiger zu, denn sie werden durch eine starke Inlandsnachfrage angeschoben. Die Handelsbilanzüberschüsse dürften sich gleichwohl nur wenig abbauen, auf 7,4 Prozent zum Ende des Projektionszeitraums (Tabelle 6), denn real liefert der Außenhandel keinen Wachstumsimpuls; für eine deutliche Reduktion der Überschüsse müsste der Impuls aber längere Zeit negativ sein.

Tabelle 6

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2010	2 580,1	1 446,3	493,3	506,3	134,1
2015	3 025,9	1 633,4	586,7	569,7	236,1
2020	3 547,8	1 889,9	716,6	680,1	261,1
Anteile am BIP					
2010	100	56,1	19,1	19,6	5,2
2015	100	54,0	19,4	18,8	7,8
2020	100	53	20	19	7 ½
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2015/2010	3,2	2,5	3,5	2,4	-
2020/2015	3	3	4	3 ½	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Anhaltend kräftig legen der private sowie der öffentliche Konsum zu; die Einkommen der Verbraucher profitieren vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau – ab 2018 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen pro Jahr um etwa 240 000 Personen steigen (Tabelle 7). Bei diesen deutlichen Beschäftigungszuwächsen dürften auch die Löhne spürbar zunehmen; je Arbeitnehmer gerechnet wird sich wohl der für das Jahr 2017 zu erwartende Anstieg fortsetzen. Dennoch dürften die Unternehmens- und Vermögens-

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100
2010	41 020	36 533	1 390	2 580	62 899	45	2 580	100
2015	43 032	38 732	1 371	2 783	64 663	47	3 026	109
2020	44 482	40 305	1 378	2 997	67 372	49	3 548	118
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2015/2010	1,0	1,2	-0,3	1,5	0,6	0,8	3,2	1,7
2020/2015 ¹	½	1	0	1 ½	¾	¾	3 ¼	1 ½

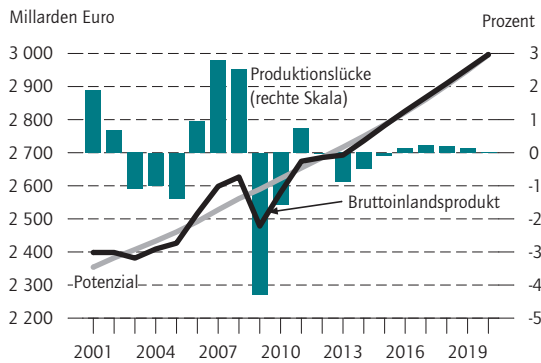
¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Abbildung 11

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial



Quellen: Statistisches Bundesamt, Europäische Kommission, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | fbremus@diw.de

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

einkommen im Schnitt in etwa so zulegen wie im Jahr 2017; der Konsum- und der BIP-Deflator steigen nämlich mit je knapp 1,7 Prozent vergleichsweise kräftig.

Angesichts anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen werden sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen merklich zulegen. Erstere profitieren zudem von der Entwicklung der Auslandsnachfrage – wenngleich diese verhalten bleibt und daher nur moderate Impulse liefert – und von der kräftigen Binnen nachfrage. Die Bauinvestitionen bleiben – angesichts vielerorts nachhaltig niedriger Renditen – als Anlageform gefragt und der hohe Bedarf an zusätzlichem Wohnraum schiebt die Bautätigkeit an. Im Vergleich zum laufenden Jahr verlieren die Bauinvestitionen leicht an Schwung.

Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft zwischen 2016 und 2020 um durchschnittlich anderthalb Prozent wachsen – also mit annähernd den Raten, die dem Potentialwachstum entsprechen (Abbildung 11 und Kasten 3). Die geringfügige Überauslastung im Jahr 2017 wird sich in den darauffolgenden Jahren schrittweise abbauen.

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik | mpodstawski@diw.de

Thore Schlaak ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

GERMAN ECONOMY BACK ON TRACK, DESPITE UNCERTAIN GLOBAL ECONOMY

Abstract: In spite of the currently gloomy global economic environment, the German economy is developing robustly. Although weak demand in the overseas markets led to a decline in German's industrial production in the second half of 2015, it has been on the rise once again since the beginning of this year. During the forecast period, exports should benefit from a gradually improving global economy. Germany's strong domestic economy, which is fueled primarily by increased private consumption, serves

as a critical growth-driver. Employment continues to grow and wage increases can still be observed. The money being spent on the housing, care, and integration of the refugees is boosting consumption—and although these costs are substantial, the public budget will continue to run high surpluses. Financial leeway, however, is expected to become more limited. The German economy is likely to grow by 1.6 percent this year by 1.6 percent, and by 1.5 percent in the coming year.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.